

Ersetzungsantrag zur Drs. 1075/XX

Tempelhof-Schöneberg erhält Kleingärten als soziale Infrastruktur

Die BVV möge beschließen:

Die BVV ersucht das Bezirksamt, Kleingartenanlagen, verstanden als eine über Jahrzehnte gewachsene soziale und grüne Infrastruktur, zu schützen. Dazu soll die Bebauung von Kleingartenanlagen im Bezirk grundsätzlich ausgeschlossen werden, wenn den Kleingärtner_innen keine gleichwertigen Ersatzflächen im Einvernehmen zur Verfügung gestellt werden können. Ferner sind die betroffenen Kleingärtner_innen und ihre Interessensverbände frühzeitig in die kommenden Entscheidungsprozesse durch das Bezirksamt einzubeziehen, um möglichst schnell integrative Lösungen für weitere geplante soziale Nutzungen (ggf. Alternativen) zu finden.

Begründung:

Berlin als wachsende Stadt braucht nicht nur bezahlbare Wohnungen, sondern für mehr Menschen sind auch mehr Soziale Infrastrukturen nötig: Kindertagesstätten und Schulen, Freizeiteinrichtungen für Jugendliche und Senior_innen, Sportanlagen, Spielplätze und Grünanlagen, Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen, Orte für Kultur und Einrichtungen für Menschen mit Benachteiligungen, zum Beispiel Obdachlose. In vielen Bezirken, so auch in Tempelhof-Schöneberg, gibt es zu wenige öffentliche Flächen für die vielen Bedarfe. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemeinsam mit den Bezirken begonnen hat, die Grundlagen für eine Planung dieser Sozialen Infrastrukturen zu legen.

Aus dem bezirklichen SIKo geht jedoch hervor, dass auch Kleingartenanlagen bedroht sind und bebaut werden sollen. Von insgesamt 15 Kolonien, die berlinweit nach aktuellem Kleingartenentwicklungsplan für Soziale Infrastrukturen vorgesehen sind, befinden sich 10 in Tempelhof-Schöneberg. Die betroffenen Kleingärtner_innen haben davon erst erfahren, als das SIKo veröffentlicht wurde.

Unseres Erachtens wird hier eine falsche Konkurrenz aufgemacht. Es sind nur wenige Menschen, denen die Kleingärten direkt zugute kommen. Für das Stadtklima und die Artenvielfalt spielen sie jedoch eine wichtige Rolle für alle. Und sie sind eine Alternative zu Fahrten ins Umland oder Urlaubsreisen. Der dadurch ersparte Verkehr entlastet die Umwelt. Einen Urlaub können sich auch längst nicht mehr alle Berliner_innen leisten, umso größere Bedeutung bekommen wohnortnahe Erholungsflächen, zu denen auch die Kleingärten gehören. Wir verstehen auch die Kleingartenanlagen als gleichwertige Soziale Infrastrukturen, und sprechen uns dagegen aus, dass Kleingärten vom Bezirksamt ganz selbstverständlich als Manövriermasse zum Ausgleich von Flächendefiziten verwendet werden.

Statt vom Schreibtisch aus Flächen zu verplanen, halten wir es für angemessener, im Sinne der neuen Partizipationskultur die einzelnen Bauvorhaben für Soziale Infrastrukturen frühzeitig gemeinsam mit den jeweils Betroffenen zu besprechen, deren Vor-Ort-Kenntnisse und Kreativität einzubeziehen.

Wenn Kleingärten weichen müssten, dann wäre zumindest sicherzustellen, dass gleichwertige Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden, mit denen die Kleingärtner_innen einverstanden sind. Davon kann bisher überhaupt nicht ausgegangen werden. Der Bezirk muss hier in der Kommunikation mit den Kleingärtner_innen eine maßgebliche Rolle spielen. Er fungiert als Scharnier zwischen den geplanten Beteiligungsformaten auf Landesebene (Ausarbeitung Kleingartenentwicklungsplan) und den Ansprüche des Bezirks (SIKo). Der Bezirk kann hier die Verantwortlichkeiten weder auf die Landesebene noch ausschließlich auf die BVV im Bezirk schieben. Der Bezirk muss transparente Verfahrensschritte im Umgang mit und Erhalt der Kleingartenflächen entwickeln, die dem prozesshaften Charakter des SIKos entsprechen.

